

Tagungsbericht

Aus der Passivität heraustreten

Die Schweizerische Gesellschaft für Soziologie (SGS) hat vom 19. bis 22. September 2001 in Genf einen Kongress zum Thema «Théories et interventions» durchgeführt. Den Abschluss von «Socio.01» bildete eine Podiumsveranstaltung mit Staatssekretär Charles Kleiber und Vertretern der Sozialwissenschaften. Gegenstand der Diskussion waren der aktuelle Stand der Sozialwissenschaften, Förderungsmassnahmen und Strategien für die Zukunft.

Edo Poggia, Professor an der Università della Svizzera italiana und Direktor des Zentrums für Wissenschafts- und Technologiestudien (CEST), zeigte in der Podiumsdiskussion in einer Übersicht über die Situation der Sozialwissenschaften im letzten Jahrzehnt auf, dass sich die Lage trotz einiger Massnahmen bisher nicht wesentlich verändert hat. Im internationalen Vergleich finde in der Schweiz relativ wenig sozialwissenschaftliche Forschung statt. Gründe dafür sieht Poggia in der mangelnden Kooperation, in fehlenden Managementkapazitäten, in der ungenügenden Finanzierung, in Nachwuchsproblemen und in den seit 1995 explodierenden Studierendenzahlen.

Initiativen zur Verbesserung der Infrastruktur

Dass weitere Massnahmen zur Verbesserung der Lage der Sozialwissenschaften ergriffen wurden und in Aussicht stehen, erläuterte Hanspeter Kriesi, Professor an der Universität Genf und Präsident der Expertengruppe SPP Zukunft Schweiz. Die Infrastruktur sei mit Datensammlungen wie dem Haushaltpanel, dem European Social Survey oder dem Eurobarometer verstärkt worden. An verschiedenen Universitäten existierten bereits Kompetenzzentren. Im Nachwuchsbereich sind Graduiertenkollegs organisiert worden, sagte Kriesi, und das SPP Zukunft Schweiz führt in seinem internationalen Gutachterkreis ein Brainstorming durch, mit dem Ziel, die wichtigsten zukünftigen Forschungsthemen in den Sozialwissenschaften zu eruieren. Nicht verges-



Auf dem Podium (v. l.):
Charles Kleiber, Hanspeter Kriesi, Gérald Berthoud, Thomas Eberle

Ursula Ganz-Blättler

Editorial



Liebe Leserin, lieber Leser

Im Hinblick auf die nächste «Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004 bis 2007» (BFT-Botschaft) befasst sich eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Gerhard Schuwey, Direktor des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft (BBW), mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für die kurz- und mittelfristige Verbesserung der Situation der Sozialwissenschaften in der Schweiz. Das Interesse des SPP Zukunft Schweiz an den laufenden Diskussionen ist gross, zumal sich das Programm seit Beginn für die Förderung der Sozialwissenschaften einsetzt.

Diese aktuelle Dynamik ist Grund genug, um im vorliegenden Newsletter über forschungspolitische Entwicklungen zu berichten. Denn es geht in diesen Debatten um Themen und Ziele, die für das SPP Zukunft Schweiz seit seinen frühesten Anfängen vor bald zehn Jahren handlungsbestimmend sind. Der konkrete Anlass ist ein Podiumsgespräch, das am Rande des Genfer Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie Ende September eine illustre Runde mit Staatssekretär Kleiber in ihrer Mitte versammelte. Es war das erste Mal seit den umstrittenen Entscheiden über die Nationalen Forschungsschwerpunkte, dass der Staatssekretär öffentlich im Gespräch mit Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern zu erleben war. Und er zeigte sich bei dieser Gelegenheit bereit, im Rahmen der nächsten BFT-Botschaft mit 100 Mio. Franken einen namhaften Betrag für die Weiterentwicklung der Sozialwissenschaften einzusetzen.

Peter Farago

Dr. Peter Farago
Programmkordinator SPP Zukunft Schweiz

sen werden dürfe die Förderung der Zusammenarbeit, der insbesondere im SPP Zukunft Schweiz bei der Zusammenfassung der Projekte in Forschungsnetzwerke («Verbünde») Rechnung getragen worden sei.

Ohne Zusammenarbeit keine Legitimation

Staatssekretär Charles Kleiber rief in Erinnerung, dass sich das Wissen noch nie so schnell vervielfacht habe wie heute. Es sei unmöglich geworden, alleine zu forschen. Nötig sei Kommunikation, Interaktion und Konfrontation zwischen den Forschenden, und zwar auf lokaler wie globaler Ebene. Kleiber warnte vor der Versuchung, für sich andere Massstäbe in Anspruch zu nehmen, indem man die eigene Disziplin als besonders klein und komplex darstellt. Die zentrale Aufgabe der Forschenden sei es, der Wissenschaft ihre Legitimation zu geben. «Dies gilt für alle Disziplinen, so dass auch die Regeln allen gemeinsam sind.»



Ursula Ganz-Blättler

...und die drei weiteren Teilnehmer (v. l.):
Daniel Mercure, René Levy, Edo Poglia

Visionen statt kurzfristige Massnahmen

Thomas Eberle, Präsident der SGS und Mitglied des Wissenschaftspolitischen Rates für die Sozialwissenschaften (WRS), stützte die Meinung Poglias, wonach Professoren und Studierende zahlenmässig in einem Missverhältnis stehen. Es sei schwierig, gute Ideen zu fördern, wenn dafür keine Professuren zur Verfügung stehen. Er wies darauf hin, dass ein junger Forscher in der Schweiz, im Gegensatz zu den USA, zu viel Lehre und zu wenig Forschung betreibe. Der WRS hat deshalb für die Arbeitsgruppe Schuwey (siehe Editorial) Vorschläge zu den Entwicklungsperspektiven der Sozialwissenschaften ausgearbeitet, die Lösungsideen für diese Probleme präsentieren. Entscheidend sei, dass nicht auf kurzfristige Lösungen gesetzt werde.

Labore für die einen, Datenbanken für die andern

Dass die Situation der Sozialwissenschaften im Allgemeinen und des akademischen Nachwuchses im Besonderen nicht rosig ist, anerkannte auch René Levy, Dekan der Faculté des Sciences Sociales et Politiques der Universität Lausanne und Mitglied der Kommission Schuwey. Er wandte sich gegen den systematischen Vergleich der Sozialwissenschaften mit den Naturwissenschaften. Es böten sich auch in den Sozialwissenschaften Investitionsmöglichkeiten, beispielsweise in Datenerhebungen. Die Nachwuchssituation kann nach Auffassung Levys einerseits mit der Institutionalisierung der Graduiertenkollegs und andererseits mit der Bereitstellung von Internetplattformen für die Arbeit junger Forscher verbessert werden.

Sozialwissenschaften beim SNF

Aus der Sicht des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) äusserte sich Gérald Berthoud, Professor an der Faculté des Sciences Sociales et Po-

litiques der Universität Lausanne und Forschungsrat der Abteilung I des SNF. Pro Jahr erhalte die Abteilung I rund hundert Projekteingaben. Auf einigen stehe zwar der Professor als Geschwister, die Qualität der Gesuche spreche jedoch eine andere Sprache. Häufig werde die Forschung aus Zeitgründen den noch unerfahrenen Nachwuchskräften überlassen. «Auch was die Gesuche für Förderungsprofessuren anbelangt», so Berthoud, «stehen die Sozialwissenschaften hinter den Geisteswissenschaften zurück.» Der SNF setze jedoch bei beiden Disziplinen die gleichen Massstäbe an, was nicht heisse, dass man nicht jeder ihre Spezifität lasse.

Denn sie wissen, was sie tun

In seinem Schlusswort unterstrich Staatssekretär Kleiber, worauf es in Zukunft ankommen wird: Die universitäre Landschaft befindet sich in einem Reformprozess. Innerhalb der letzten vierzig Jahre sind die Hochschulen von isolierten Institutionen zu vernetzten Systemen geworden. Diese Entwicklung hat zu neuen Herausforderungen geführt. Ein System müsse gelenkt werden, sagte Kleiber, indem unterschiedliche Akteure in die Verantwortung gezogen werden. Bei der Zusammenarbeit von Bund und Kantonen hapere es aber noch gewaltig. Kleiber verglich sie mit Kriegsmaschinen, die eher gegeneinander als miteinander agierten und keine gemeinsamen Projekte durchführten. Er rief in Erinnerung, dass die Finanzierung der immer teureren Forschung nicht mehr von den Kantonen allein getragen werden kann. Bund und Kantone müssten gemeinsam über die Prinzipien der Autonomie der Universitäten und deren Finanzierung befinden.

Ein ernsthaftes Wort richtete Kleiber an die Adresse der Universitäten. Einfach die hohle Hand zu machen, bringe nichts. Vielmehr muss Energie in die notwendigen Reformen gesteckt werden, um danach sagen zu können: Gebt uns die Ressourcen, denn wir können mit ihnen effizient umgehen! Das sei die einzige Sprache, die in der Politik verstanden werde. Ohne sie gebe es kein Geld und ohne Geld keine Forschung. Abschliessend zeigte sich Kleiber offen für die von Poglia vorgebrachte Forderung, in der nächsten «Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004 bis 2007» (BFT-Botschaft) 100 Mio. Franken für Massnahmen zur Weiterentwicklung der Sozialwissenschaften vorzusehen, um die vom WRS vorgebrachten Ideen umsetzen zu können.

News

«**Sozialwissenschaftliche Forschungsförderung an schweizerischen Hochschulen**»: In einer im Auftrag der Expertengruppe des SPP Zukunft Schweiz durchgeführten Studie kommt Martin Lengwiler zum Schluss, dass sämtliche Hochschulen in den letzten Jahren ihre Investitionen in die Sozialwissenschaften erhöht haben. Mehr Universitäten seien in der Lage, den institutionellen Kern und Partnerschaften für einen sozialwissenschaftlichen Nationalen Forschungsschwerpunkt (NFS) anzubieten. Einen Mangel stellt er in der Koordination und strategischen Planung fest: Universitäre Partikularismen dominieren sprachregionale und nationale Kooperationen. Die inhaltliche Verankerung von NFS-Eingaben sollte in Zukunft institutionell optimal mit den Forschungsschwerpunkten der verschiedenen Universitäten verknüpft werden. Weiter müssten die NFS-Initiativen – allenfalls durch übergeordnete Gremien wie SUK, SAGW oder Hochschulrektorenkonferenz – verstärkt koordiniert werden.

Zusammenarbeit im Verbund

Die Familie im Brennpunkt

Das SPP Zukunft Schweiz ist nicht nur eine wichtige Initiative zur Förderung themenorientierter Forschung, sondern versteht sich auch als Massnahme zur strukturellen Stärkung der Sozialwissenschaften in der Schweiz. Ein besonders interessantes Beispiel für Zusammenarbeit ist der Projektverbund «Family life in Switzerland», der mit vier Instituten an vier Standorten in der deutschen und französischen Schweiz aus psychologischem und soziologischem Gesichtspunkt ein Konstrukt untersucht, das sich als Basiseinheit der Gesellschaft definiert – die Familie.

«Das Harmonisieren der Projektmitglieder ist eine *conditio sine qua non* für die erfolgreiche Forschungszusammenarbeit», betont Meinrad Perrez, Professor für klinische Psychologie an der Universität Freiburg und Leiter des Projektverbunds. «In unserer Gruppe ist das auf einmalige Weise gelungen.» Der Verbund existiert seit 1997, befindet sich in der zweiten Phase und umfasst je nach Etappe zehn bis zwanzig Personen: neben Dozierenden auch Lehrstuhlmitarbeitende, Doktorierende und Studierende an einer Lizentiatsarbeit. Die meisten Projektmitglieder, die in der Anfangsphase des Projekts beteiligt waren, sind in der zweiten Phase in einem anderen Rahmen noch immer involviert.

Von der Statistik über die Feldstudie ins Labor

Die Vernetzung der vier Teilprojekte erfolgt auf drei Ebenen. Das Zürcher Projekt geht die Fragestellung aus einem makrosoziologischen Gesichtspunkt an. Es untersucht mit Hilfe statistischer Daten aus verschiedenen Ländern den langfristigen Verlauf von Veränderungen familiärer Lebenslagen und Milieus sowie deren Entstehungsprozess in ihrem gesamtgesellschaftlichen Strukturzusammenhang. Auf der gleichen Ebene steht das Projekt der Universität Lausanne, das in einer Querschnittuntersuchung anhand von über 1500 Telefoninterviews die mikrosoziologische Organisation von Familien und Paaren in der Schweiz betrachtet.

Auf einer zweiten Ebene siedelt sich das Freiburger Projekt an, das sich mithilfe psychologischer Methoden an einige der im Lausanner Projekt formulierten Hypothesen annähert. Die Daten stammen aus einer Feldstudie, in der sich über 350 Personen aus gegen 100 Familien während einer Woche selbst beobachteten. Von Interesse sind personinterne und -externe Faktoren, die sich auf die binnenfamiliäre Emotionsregulation auswirken. Die im Projekt von Freiburg beobachteten Prozesse werden auf der dritten und letzten Stufe unter kontrollierten experimentellen Laborbedingungen in einem Computersimulationsspiel vom Genfer Projekt überprüft.

Zusammenarbeit bringt neue Herausforderungen

In regelmässigen Abständen – zwei- bis dreimal pro Semester – treffen sich die Mitglieder der Teilprojekte, um sich über Ergebnisse und auftretende Probleme der gemeinsam untersuchten Teilgebiete auszutauschen und Bilanz zu ziehen. Dabei können alle Projektmitglieder auf einen bereichernden Lernprozess in der Zusammenarbeit zurückblicken. «Interdisziplinäre Projekte dürfen keine blossen Absichtserklärungen sein, sondern müssen bis ins kleinste Detail als solche konzipiert sein», weiss Perrez aufgrund dieser Erfahrungen. René Levy, Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität Lausanne, fügt hinzu: «Man darf nicht vergessen, dass jede Disziplin ihre eigenen Konzepte und Ansätze hat. Gerade bei stark theoriegesteuerten Projekten ist es ziemlich

schwierig, zwischen diesen unterschiedlichen Techniken Brücken zu schlagen.» Insbesondere in die Planungsphase müsse beim nächsten Mal mehr Geld und Zeit investiert werden und die Vorbereitungszeit als fester Bestandteil des Gesamtprojekts betrachtet werden, findet Perrez. Eine weitere Herausforderung in der Zusammenarbeit bestand in der Koordination und Integration der Daten der einzelnen Projekte – eine anspruchsvolle und zeitaufwändige Aufgabe, der man in der Planungsphase des Projekts zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe. Perrez und Levy sind sich einig: «Um die hochkomplexen Datensätze so gut wie möglich ausschöpfen zu können, muss sich bei einem nächsten Projekt ähnlichen Profils von Anfang an eine Person mit Kenntnissen aller Teilprojekte hauptamtlich um die technische und statistische Vereinbarkeit der Daten kümmern.»



Binnenfamiliäre Emotionsregulation als Forschungsobjekt der Psychologen und Soziologen.

Fotoagentur Ex-Press

Nachwuchs profitiert von internationalem Workshop

Insgesamt hört sich die Zwischenbilanz des interdisziplinären Projekts jedoch positiv an, insbesondere auch was die Nachwuchsförderung angeht. Neben mehreren Dissertationen, die im Rahmen dieses Projekts entstehen, wurde soeben das dreijährige von den Universitäten Bern, Freiburg, Genf und Neuenburg initiierte Postgraduierten-Programm für Doktorierende abgeschlossen. Das vom SPP Zukunft Schweiz mitfinanzierte Programm bot den Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern die Möglichkeit, unter der Supervision von Spitzenleuten aus aller Welt in Workshops über das Thema «Emotion und Stress am Arbeitsplatz und in der Familie» zu debattieren. Die Teilnehmenden konnten über Universitäts- und Sprachgrenzen hinweg voneinander profitieren und sich gegenseitig beraten.

«Diese Piloterfahrung darf nicht episodisch sein, sondern muss für künftige Doktoratsstudiengänge institutionalisiert werden», fordert Perrez, «denn die Studierenden profitieren ganz anders in einer solchen Umgebung, als wenn sie für sich alleine arbeiten.» Neben dem Erwerb neuer Fach- und Methodenkenntnisse erhielten die Studierenden die Möglichkeit, eine Debatte über einen längeren Zeitraum zu führen und sich im Gebrauch des Englischen zu üben. Doch auch hier sieht Perrez noch Optimierungspotenzial: «In Zukunft soll noch mehr Input von den Studierenden selbst kommen und die Interaktivität zwischen Dozierenden und Studierenden verstärkt werden.»

Projekte (I)

«Metropolitan governance and legitimacy: new territories of democracy in urban agglomerations»

Zusammenarbeit sichtbar machen

Publikationen aus den Teilprojekten, Teilnahmen an Kongressen und Doktorate sind sichtbare Beweise der erfolgreichen Zusammenarbeit. Geplant ist auch eine gemeinsame Publikation über Familien in der Schweiz und im internationalen Kontext, über neue Zugänge zur Familienforschung sowie über Mikroprozesse in der sozialen Emotionsregulation innerhalb der Familien. Levy ist überzeugt, dass die interdisziplinäre Zusammenarbeit über die gegenseitige Kenntnissnahme hinausgeht und längerfristige Wirkung zeigen wird: «Wir haben ein Verständnis für andere Zugänge entwickelt und sind für Probleme in andern Disziplinen sensibilisiert worden.»

In der Schweiz sind im Vergleich zu anderen europäischen Ländern die städtischen Agglomerationen institutionell stark fragmentiert. Vor diesem Hintergrund geht es im Projekt unter der Leitung von Dr. Daniel Kübler um die regionale Kooperation in städtischen Gebieten. Dabei interessiert vor allem das Spannungsfeld Politik/Demokratie versus Verwaltung/Technokratie und die Frage, welche Rolle traditionelle politische Behörden darin spielen bzw. noch spielen können.

In der Schweiz haben die Städte zunehmend die Form komplexer «Metropolitanräume» angenommen: Sie erstrecken sich über mehrere Gemeinden und Kantone, manchmal sogar über die Landesgrenzen hinaus. Der schweizerische Föderalismus entwickelte zahlreiche Koordinationsmechanismen, die den Politikvollzug in diesen Stadtregionen ermöglichen. Solche Arrangements werden in der Fachsprache Metropolitan governance genannt.

Neue Fragen zu alten Abläufen

In diesen Koordinationsforen werden meist pragmatische Lösungsansätze bevorzugt, die sich nicht zwingend an den Gemeindegrenzen orientieren. Sie sind jedoch problematisch, da das Territorium ein wichtiger Bestandteil staatlicher Institutionen darstellt. Bürgerrechte und -pflichten sowie der Ablauf demokratischer Prozesse sind an territorial definierte Institutionen gebunden. Es stellen sich daher viele Fragen: Wer trägt die politische Verantwortung? Wer kontrolliert die Prozesse? Welchen Einfluss üben Bürgerinnen und Bürger und ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter aus?

Demokratiedefizit versus Öffnung der Politik

Zu diesen Fragen gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Thesen. Eine erste, optimistische These besagt, dass solche Koordinationsmechanismen eine flexiblere und offenere Arbeitsweise mit sich bringen, dank der sich mehr Akteure an der Politik beteiligen können. Gemäss der zweiten, pessimistischen These ist hingegen zu befürchten, dass durch diese Koordinationsmechanismen den Bürgerinnen und Bürgern sowie den gewählten Politikerinnen und Politikern die Kontrolle zunehmend entgleitet, während Technokratinnen und Technokraten sowie Expertinnen und Experten an Einfluss gewinnen.

Solche Koordinationsmechanismen werden im Rahmen des SPP Zukunft Schweiz in einer qualitativen und quantitativen Studie im Hinblick auf diese beiden Thesen untersucht. Die Wahl fiel auf die städtischen Grossräume Zürich, Genf-Lausanne, Bern und Lugano-Bellinzona-Chiasso sowie die vier Politikbereiche öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung, Kulturpolitik und Drogenpolitik.

Quantitativer und qualitativer Ansatz kombiniert

Die quantitative Untersuchung erfolgte über eine Telefonumfrage unter je 500 Personen in den vier Agglomerationen. Dabei hat sich gezeigt, dass ein gewisses Agglomerationsgefühl vorhanden ist. Auch hat sich herausgestellt, dass die Gemeindeinstitutionen als Identitätsstifter weniger wichtig sind als angenommen. Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Agglomeration ist beinahe gleich gross wie diejenige mit der Gemeinde oder dem Kanton. Interessant ist auch die Beziehung der Bürgerinnen und Bürger zum Staat in seiner alten und neuen Form. Es sieht so aus, als ob die Entstehung von Metro-

Publikationen

Im September sind vier Berichte erschienen, die sich mit den Bedingungen und geeigneten Förderinstrumenten der Sozialwissenschaften befassen.

- Wissenschaftspolitische Rat der Sozialwissenschaften (WRS): Zukunftsperspektiven der Sozialwissenschaften. Eine Stellungnahme der Schweizer Sozialwissenschaften zum Arbeitsauftrag der Gruppe Schuwey, Bern, 2001.
- WRS: 3 Postulate im Hinblick auf die nächste Ausschreibungsrunde der nationalen Forschungsschwerpunkte NFS zuhanden der wissenschaftspolitischen Gremien, Bern, 2001.
- WRS: Strukturelle Differenz und Mittelallokation. Sozial- und Naturwissenschaften im Vergleich, Bern, 2001.
- Martin Lengwiler: Sozialwissenschaftliche Forschungsförderung an schweizerischen Hochschulen, Zürich, 2001.

Alle Berichte können auf der Website www.sppzukunftschweiz.ch unter «Aktuell» als PDF-Dokumente heruntergeladen werden.

Weitere Publikationen:

- Andrea Bertschi-Kaufmann: Lesen und Schreiben in einer Medienumgebung. Die literalen Aktivitäten von Primarschulkindern. Verlag Sauerländer, Aarau/Frankfurt, 2000. (ISBN 3-7941-4768-5)
- Pasqualina Perrig-Chiello, François Höpflinger: Zwischen den Generationen. Frauen und Männer im mittleren Lebensalter. Reihe «Gesellschaft Schweiz», Seismo Verlag, Zürich, 2001. (ISBN 3-908239-82-6)
- Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (Hrsg.): Welche Qualität in den Sozialwissenschaften? Ansätze, Erfahrungen, Perspektiven. Tagung vom 16./17. Mai auf dem Gurten, Bern, 2001. (ISBN 3-907835-32-8)



litan-governance-Mechanismen nicht zum Verlust der Legitimation der traditionellen Institutionen führt. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik und die Institutionen scheint nicht wesentlich von den tatsächlich erbrachten Dienstleistungen der Koordinationsmechanismen abzuhängen.

Im qualitativen Teil werden die Koordinationsmechanismen in ihrer praktischen Funktionsweise analysiert. Mit Hilfe von Interviews soll geklärt werden, wer über wie viel Einfluss verfügt und ob Demokratiedefizite bestehen. Die Interviews sind noch im Gange. Es zeichnet sich jedoch bereits ab, dass der Einfluss stark über den Finanztransfer läuft, was bei Kreditbewilligungen den Einbezug von Parlament und teilweise auch Stimmberechtigten bedingt. Es stellt sich auch heraus, dass gewählte Behördenmitglieder in den Vereinigungen stark vertreten sind, private Akteure jedoch einen eher geringen Teil ausmachen. Antworten werden auch auf die Frage erwartet, inwieweit solche Institutionen dazu beitragen, ein regionales Bewusstsein zu schaffen und dazu führen, dass Gemeindebehörden über ihre Gemeindegrenzen hinaus Politik betreiben.

Die politische Debatte hat begonnen

Die Agglomerationsthematik hat nach der Revision der Bundesverfassung im Jahr 1998 an Bedeutung gewonnen. Aufgrund des neu eingeschobenen Städteartikels (Art. 50 BV) wird sich der Bund in Zukunft verstärkt mit der besonderen Situation von Städten und Agglomerationen befassen. Zur Zeit sind verschiedene Studien über mögliche Massnahmen des Bundes am Laufen. Auch die Untersuchung des Institut de recherche sur l'environnement construit (IREC) der ETH Lausanne im Rahmen des SPP Zukunft Schweiz wird einen Beitrag dazu leisten können. Daniel Kübler ist überzeugt, dass die Haltung der Bürgerinnen und Bürger und ihre Beziehung zur Agglomeration wesentlich von der öffentlichen Debatte abhängen, die in den verschiedenen Agglomerationen geführt wird. Dabei müsse man sich zuerst einmal darüber klar werden, welche Art von Agglomeration man überhaupt wolle, stellt der Forscher fest.

Projektleiter Dr. Daniel Kübler

Daniel Kübler hat 1998 an der Universität Lausanne in Politikwissenschaft promoviert und ist seit 1993 am Institut de recherche sur l'environnement construit (IREC) der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (EPFL) und seit 2000 auch am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig.



Projektmitarbeiterin Brigitte Schwab

Brigitte Schwab hat an den Universitäten Lausanne und Turin das Studium der Politologie mit dem Diplôme d'études approfondies (DEA) abgeschlossen. Sie ist momentan Doktorandin und Lehrassistentin an der Universität Lausanne und als wissenschaftliche Mitarbeiterin am IREC tätig.



Projekte (II)

«Öffentlichkeitsarbeit von Regierung und Verwaltung: Persuasion, Information oder Dialog?»

Staatliche Öffentlichkeitsarbeit hat an Wichtigkeit gewonnen. Es gibt jedoch kaum empirische Forschung zu diesem Thema in der Schweiz. Das Projekt unter der gemeinsamen Leitung der beiden Politikwissenschaftlerinnen Sibylle Hardmeier von der Universität Zürich und Christine Rothmayr von der Universität Genf befasst sich mit der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit in der Schweiz und ist in einem Forschungsverbund des Kompetenzzentrums «Informationsgesellschaft der Universität Zürich (SwissGIS)» organisiert.

Bei diesem Projekt geht es einerseits darum, Zielsetzungen, Instrumente und Zielgruppen der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit deskriptiv zu erfassen. Ein spezielles Interesse gilt dabei der Frage nach den eingesetzten Kommunikationsstilen, nämlich Information, Persuasion oder Dialog. Andererseits soll die Annahme, dass aufgrund individueller und institutioneller Kontextvariablen Unterschiede in der Öffentlichkeitsarbeit bestehen, untersucht werden. Diese Variablen umfassen die jeweilige Ausbildung und Erfahrung im Kommunikationsbereich, die organisatorischen Vorgaben wie Verwaltungsstufe und Entscheidungskompetenzen, die föderale Ebene, den jeweiligen Politikbereich sowie die Einführung des New Public Management im Sinne einer verstärkten Kundenorientierung.

Untersuchung in zwei Etappen

Die erste Erhebungsetappe besteht aus einer quantitativen Befragung aller Personen, die bei Bund, Kantonen und in neun ausgewählten Kantonshauptorten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit tätig sind. Die Resultate der Befragung werden anschliessend in einem zweiten Schritt durch Experteninterviews vertieft und mit eigentlichen Produktanalysen ergänzt. Es geht darum abzuklären, ob die subjektive Einschätzung des Kommunikationsstils von Öffentlichkeitsarbeiterinnen und -arbeitern sich auch in den Produkten niederschlägt. Das Projekt befindet sich momentan im Abschluss der quantitativen und am Anfang der qualitativen Phase.

Wer macht Öffentlichkeitsarbeit?

Für die gesamtschweizerische standardisierte Befragung musste zunächst herausgefunden werden, wer in der Öffentlichkeitsarbeit tätig ist. In einer umfangreichen Vorerhebung konnten diejenigen Personen ermittelt werden, an die der Fragebogen verschickt wurde. Nach Bereinigung des Rücklaufs ergab sich schliesslich eine Gesamtmenge von 963 gültigen Fällen.

Dabei sind zwei grosse Gruppen von Öffentlichkeitsarbeiterinnen und -arbeitern auszumachen. Es sind dies einerseits die Informationsverantwortlichen, die Öffentlichkeitsarbeit als Kerntätigkeit ausüben, über Erfahrung in der Öffentlichkeitsarbeit ausserhalb und innerhalb der Verwaltung verfügen und vor Antritt der Verwaltungsstelle als Journalistinnen und Journalisten tätig waren und demzufolge die Medien gut kennen. Die zweite Gruppe besteht aus leitenden Verwaltungsangestellten – Kanzlerinnen und Kanzlern, Departementssekretärinnen und -sekretären, Amtschefinnen und -chefs –, die Öffentlichkeitsarbeit als Nebentätigkeit ausüben und oftmals auf eine verwaltungsinterne Karriere zurückblicken.

(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

Dominanz der informativen Grundhaltung

Das Projekt unterscheidet zwischen drei Stilen der Öffentlichkeitsarbeit. Vereinfacht gesagt, stehen beim informativen Stil die Aussagen im Vordergrund, bei der Persuasion gilt das Hauptgewicht der Überzeugungsarbeit, während beim Dialog die Zielgruppe aktiv in die Debatte einbezogen, die Lösung gemeinsam erarbeitet und die Entscheidungsfindung begründet wird.

Aufgrund der Befragung kann zu den Stilen insofern eine erste Zwischenbilanz gezogen werden, als hier die Kommunikationshaltungen und -absichten der Informationszuständigen erfasst werden. So zeigt sich, dass die informative Haltung überwiegt, dass aber – viel häufiger als die theoretischen Modelle suggerieren – Mischformen vorkommen. Zudem wird ersichtlich, dass die Kommunikationshaltung nicht nur von der jeweils angesprochenen Zielgruppe abhängt, sondern sich auch je nach Funktion der Befragten und der föderalen Ebene, auf der sie tätig sind, unterscheidet. So ist die informative Haltung bei den Informationsverantwortlichen stärker ausgeprägt als bei den leitenden Verwaltungsangestellten, die häufiger kombinierte Kommunikationshaltungen aufweisen und auf Dialog setzen.

Dieses Ergebnis lässt sich darauf zurückführen, dass die Haupttätigkeit der Verwaltungsangestellten darin besteht, politische Lösungen zu finden, die von der Zielgruppe mitgetragen werden müssen. Was die föderale Handlungsebene anbelangt, ist die rein informative Haltung auf Gemeinde- und Kantonsebene weniger ausgeprägt, dafür ist der Dialog stärker vertreten als auf Bundesebene. Die Gründe dafür sehen die Forscherinnen vor allem in der Aufgabenverflechtung. Die Öffentlichkeitsarbeiterinnen und -arbeiter auf Gemeinde- und Kantonsebene sind vor allem mit dem Politikvollzug beauftragt und kommen mit der Zielgruppe eher in Kontakt als ihre Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene.

Wissenstransfer

An den Resultaten der Forschung interessiert ist nicht nur die Wissenschaftsgemeinde, sondern auch diverse Öffentlichkeitsarbeiterinnen und -arbeiter aus dem öffentlichen und privaten Sektor, die das Projekt in der Begleitgruppe beraten. Diesen Personen wurden bereits erste Zwischenresultate präsentiert. Eine entsprechende Zusammenstellung zuhanden der Befragten ist derzeit gerade in Bearbeitung. Ausserdem ist in Zusammenarbeit mit den beiden Projekten von Prof. Otfried Jarren vom Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich und Dr. Markus Will vom Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaften der Universität St. Gallen, die sich ebenfalls mit Public Relations beschäftigen, ein Kongress geplant, an dem Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und nicht-staatlichen Organisationen über die Ergebnisse informiert werden.

Projektleiterin Prof. Sibylle Hardmeier

Sibylle Hardmeier ist Assistentenprofessorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf den Gebieten der öffentlichen Meinung, Wahl- und Abstimmungsforschung, politischen Partizipation sowie Frauen- und Geschlechterforschung.



Projektleiterin Dr. Christine Rothmayr

Christine Rothmayr ist Oberassistentin am Département de science politique der Universität Genf. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf der vergleichenden Politikwissenschaft, mit besonderem Interesse an der Rolle der Justiz, der vergleichenden Policy-Analyse und der Evaluationsforschung.



News

Wissenschafts- und Technologieforschung in der Schweiz: Im September hat sich die neu gegründete Swiss Association for the Study of Science, Technology and Society (STS-CH) erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Anlass war die von STS-CH an der Universität Lausanne mitorganisierte Sommerschule «Knowledge in Plural Context», die vom SPP Zukunft Schweiz mitfinanziert wurde. STS-CH versteht sich als offene Vereinigung zur Förderung der Wissenschafts- und Technologieforschung in der Schweiz. Zu den Aktivitäten gehören regelmässige öffentliche Veranstaltungen, aktuelle Informationen via elektronischen Newsletter sowie die Förderung des STS-Netzwerks. Beitrittsunterlagen können per E-Mail unter sts@unige.ch bestellt werden (Jahresbeitrag: 50 CHF, Studierende: 25 CHF; bitte Postadresse angeben).

Weitere Informationen unter www.sts.unige.ch.

Impressum

Newsletter zum SPP Zukunft Schweiz, Nr. 2, November 2001

Herausgeber:

Programmkoordination SPP Zukunft Schweiz
Dr. Peter Farago
Grossmünsterplatz 6
8001 Zürich

Redaktion, grafische Gestaltung und Produktion:

Science Com AG, 3005 Bern
Imelda Lütolf, Isabel Saccomanno

Druck:

Burkhardt AG, 3013 Bern

Der Newsletter erscheint zweimal jährlich in deutscher und französischer Sprache. Weitere Exemplare können unentgeltlich bestellt werden bei: Science Com AG, Thunstrasse 7, 3005 Bern, vision@sciencecom.ch oder von der Website www.sppzukunftschweiz.ch als PDF-File heruntergeladen werden.

Ziel des SPP Zukunft Schweiz

Das SPP Zukunft Schweiz umfasst die Förderung von themenorientierter Forschung und Forschungsnetzwerken sowie Massnahmen zur strukturellen Stärkung der Sozialwissenschaften in der Schweiz.